

gaben verlangt, und wenn man genau prüft, wo diese Sparsamkeit, die nach dem Herrn Finanzminister das Steuer der Zukunft führen soll, noch Anwendung leiden muß, zunächst Anwendung leiden muß, so ist es ganz gewiß die einheimische Verwaltung. Die Verwaltung hat nicht nur den großen Nachtheil, daß sie positiv Geld im Budget kostet, sie ist auch durch das ganze Wesen, mit dem sie gehandhabt wird, so theuer geworden, daß zu Dem, was wir hier im Budget bezahlen, auch noch die ungeheure Schwierigkeit, die überhaupt dem Verwalteten durch die Verwaltung entsteht, hinzuzurechnen ist.

Gegen die Ansätze des Budgets, welche sich auf die Erträge der neuen Reichssteuern beziehen, sowie gegen den Ansatz der Einkommensteuer möchte ich eine Einwendung nicht erheben. Ich habe schon mehrfach meine Anschauung dahin ausgesprochen, daß wir thatsächlich nicht in einer schweren Krisis uns befinden, sondern daß wir durchaus auf den gegebenen Boden unserer durch den Milliardenfegen nicht gestörten Verhältnisse wieder eingetreten sind, den wir seit 1872 verlassen haben. Ich glaube also, daß wir auch eine geringe Steigerung der Einkommensteuer, wie sie in dem Budget vorgesehen ist, sehr wohl erwarten können; wir würden sie noch sicherer erwarten, wenn nicht der Tarif des Einkommensteuergesetzes mehr oder weniger socialistisch angehaucht wäre und damit ein Element der Unsicherheit in sich trüge, welches die richtige Heranziehung der wirklich vorhandenen Steuerkräfte nicht vollkommen gestattet. Es ist aber ferner voranzusehen, daß bei den im Allgemeinen gesunden, durchaus nicht innerlich frankten Verhältnissen Deutschlands die Verzehrungssteuern, welche von dem Reiche aus aufgelegt worden sind, den Ertrag geben, den der Herr Finanzminister erhofft; denn darüber wollen wir uns doch schließlich nicht in Kummer stürzen: Deutschland ist durchaus nicht am Rande des Abgrundes, durchaus nicht im Verfall und nach wie vor werden die Verzehrungsgegenstände, die jetzt mit einer höheren Steuer belegt worden sind, große Erträge abwerfen.

Ich kann hier nur noch das Eine hinzufügen, daß es, glaube ich, heute noch nicht an der Zeit ist, wenn in dieser Kammer bereits ein Schreckensruf gegen die neue Reichsgesetzgebung erschallt. Nachdem in den letzten Jahrzehnten die allgemeine Meinung in Deutschland und infolge dessen auch die Gesetzgebung sich mit einer krankhaften Ausschließlichkeit auf die directe Besteuerung, namentlich auch auf die directe Besteuerung in Form der progressiven Einkommensteuer geworfen hatte, war die Reaction, wie sie eingetreten ist und die nunmehr die indirecte Steuer wesentlich in den Vordergrund schiebt, ganz unaufhaltsam und sie ist gewiß von allen Dingen, die es mit unseren Zuständen und mit dem

Fortschritt der Gesittung gut meinen, aufrichtig begrüßt worden.

Abg. Dr. Mindwiz: Meine Herren! Ich brauche wohl das Versprechen, mich kurz fassen zu wollen, nicht voranzuschicken, da ja die Kammer weiß, daß ich mich stets kurz fasse. Ich will zur Zeit nicht auf das Budget eingehen. Ich werde mich auch nicht auf das Feld der hohen Politik begeben. Nur allein die vier Anträge aus allen vier Fractionen der Kammer, welche lediglich die geschäftliche Behandlung betreffen, veranlassen mich, das Wort zu ergreifen. Die Anträge gehen sämmtlich von der Absicht aus, die Finanzdeputation Abth. A zu entlasten. Diese Absicht ist ja ganz löblich und ich selbst bin eine Zeit lang der Meinung gewesen, ob man nicht einen Theil des ordentlichen Budgets der Finanzdeputation B übertragen kann. Allein nach reiflicher Ueberlegung und namentlich mit Rücksicht darauf, daß die Budgetvorlage neu aufgestellt ist und zum Theil auf Grundsätzen beruht, welche einer eingehenden und im Zusammenhang bleibenden Erwägung bedürfen, habe ich mich doch überzeugt, daß es nicht zweckmäßig sein würde, einen Theil und gerade den wichtigsten Theil, das Eisenbahnbudget, an die Finanzdeputation Abth. B zu überweisen. Die Finanzdeputation Abth. A hat darüber berathen und ist einstimmig zu dem Entschluß gekommen, auf Grund der Geschäftsordnung sich dem Antrage des Herrn Abg. May entgegenzustellen. Was den Antrag der Herren Abgg. Penzig und Mehnert betrifft, so kann ich mich vollständig auf Das beziehen, was Herr Abg. Richter gegen diese Anträge gesagt hat. Aber ich muß mich auch gegen den Antrag des Herrn Abg. Richter erklären, weil ich der Ueberzeugung bin, daß auch der von ihm beabsichtigte Zweck nicht erreicht wird, nämlich der Zweck, Zeit zu gewinnen und die Geschäfte für den Landtag abzukürzen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wenn diese Gegenstände im Plenum berathen werden, sie viel mehr Zeit und Arbeit in Anspruch nehmen werden, als wenn sie bei der Deputation bleiben.

(Sehr richtig!)

Die Deputation wird gerade diese Gegenstände sehr kurz behandeln und wenn sie darüber berathen haben wird, in kurzer Zeit mündlich Bericht erstatten. Wollen Sie hier aber Berathung im Plenum beschließen, so wird der Herr Präsident für diese Gegenstände besondere Referenten und Correferenten zu ernennen haben, die sich auch in die Sache hineinarbeiten müssen. Dann werden Sie bei diesen einfachen Gegenständen viel mehr Zeit opfern; aber diesen mündlichen Berichten der Deputation gegenüber keine Zeit gewinnen. Ich ersuche, die sämmtlichen Anträge abzulehnen.

Vizepräsident Streit: Meine Herren! Auch mir